

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/111

Bonn, den 16. Juni 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>P R Ä S I D E N T P O M P I D O U</u> Hoffnungen - Erwartungen - Spekulationen	46
2	<u>Warum nicht schon früher?</u> Die CSU und die NPD	32
3	<u>"Ich bin der Größte"</u> Die Strauß-Partei eröffnete formal den Wahlkampf	48
4	<u>Neue Aufgaben in einer sich wandelnden Welt</u> Zum Kongreß der Sozialdemokratischen Internationale	40

A N H A N G

1 - 3	<u>"So Kinder, jetzt müssen wir mal was tun!"</u> Mit Willy Brandt in Herborn, Metlar und Offenbach Von Günter Markscheffel	130
-------	---	-----

P R Ä S I D E N T P O M P I D O U

Hoffnungen - Erwartungen - Spekulationen

sp - Die Wahl des früheren Ministerpräsidenten de Gaulles, Georges Pompidou, zum 19. Präsidenten der Republik Frankreich, wird mit einer Fülle von Erwartungen und Spekulationen begleitet, wie kaum zuvor die Wahl irgend eines Staatspräsidenten. Der erwartete Sieg Pompidous läßt besonders Frankreichs Freunde hoffen, daß zunächst die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemeistert werden und daß auch die französische Außenpolitik flexibler wird als sie es in den letzten Jahren war.

In Frankreich selbst dürfte sich das öffentliche Interesse zunächst auf die Lösung der innenpolitischen Probleme konzentrieren. Die Kommunisten und auch andere Wählergruppen haben bei der Wahl absichts gestanden; sie wollten sich die Entscheidungsfreiheit für ihre nächsten Schritte offen halten. Unter den gegebenen Umständen kann dies bedeuten, daß die von den Kommunisten gesteuerte größte französische Gewerkschaftsorganisation, die CGT, wohl bald den Kampf für Lohnerhöhungen und Preisstabilität auf breitester Front aufnehmen wird. Hierbei muß man allerdings wissen, daß die KPF ihre Aktionen auch im Blick auf die Außenpolitik Frankreichs ausrichtet. Mit anderen Worten: Setzt der neue Präsident die Außenpolitik de Gaulles unverändert fort, werden Frankreichs Kommunisten sicher auf der Stelle treten. Schickt er sich dagegen an, die Europapolitik und das Verhältnis Frankreichs zur NATO neu zu gestalten, dann muß man damit rechnen, daß die KPF, gemeinsam mit den Gewerkschaften, versuchen wird, Frankreichs politische Handlungsfähigkeit nach außen durch heftige innenpolitische Auseinandersetzungen zu bremsen.

Der neue Präsident weiß das natürlich, und es ist daher nicht vor ungefähr, daß er schon kurz nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erklärte, er wolle der Präsident a l l e r Franzosen sein; auch jener, die ihn nicht gewählt hätten.

Unter diesen Aspekten ist zu erwarten, daß Pompidou nur sehr vorsichtig Änderungen der de gaulleschen Politik einleiten kann. Seine engsten Mitarbeiter sagen von ihm, er werde z.B. in der Europapolitik wahrscheinlich nur dann Änderungen vornehmen, wenn er dadurch die wirtschaftliche Situation Frankreichs verbessern kann. Auf diese Weise könnte Frankreichs Wirtschaft dem zu erwartenden Druck der Gewerkschaften auf die neue Regierung standhalten. Die schon unter de Gaulle eingeleitete Verbesserung der Beziehungen zwischen Paris und Washington wird sicher auch von dem neuen Staatspräsidenten fortgesetzt werden. Aber auch hier muß man wissen - und auch darauf wird stets von den Mitarbeitern Pompidous hingewiesen - daß Verbesserungen in dem Maße zu erwarten sind, in dem sich das Verhältnis zwischen Moskau und Washington entkrampft.

In der Bundesrepublik Deutschland wünscht man ohne Vorbehalt, daß es dem neuen Präsidenten gelingen möge, möglichst bald eine Politik einzuleiten, die die Beziehungen a l l e r europäischen Staaten zueinander im positiven Sinne fördert.

+ - +

Warum nicht schon früher?

Die CSU und die NPD

sp - Es ist gut, daß sich der wiedergewählte Vorsitzende der bayerischen CSU, Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, auf dem Parteitag seiner Partei in München öffentlich von den Nationaldemokraten (NPD) distanzierte. Auch späte Einsichten sind willkommen. Leider hat diese Distanzierung einen kleinen Schönheitsfehler. Sie kommt reichlich spät, sie hätte schon früher erfolgen müssen. Und zwar vor dem 5. März dieses Jahres, dem Tag der Neuwahl des Bundespräsidenten. Die CSU - übrigens auch ihre größere Schwester die CDU - nahm die seinerzeitige Ankündigung des Herrn Adolf von Thadden schweigend entgegen, die NPD werde in der Bundesversammlung für den Kandidaten der Unions-Parteien, den Bundesminister für die Verteidigung, Herrn Schröder stimmen. Aufbegehren und Widerspruch erfolgten damals nicht von der CDU/CSU. Ganz zum Unterschied von der SPD, deren der dann doch gewählte Kandidat Heinemann öffentlich erklären ließ, er werde keine Unterstützung durch die NPD-Wahlkammer akzeptieren und eher auf die Wahl verzichten, als mit den Stimmen dieser Nachfolger der Verderber Deutschlands gewählt zu werden.

Das war ein Mannes Wort, es schaffte klare Fronten. Von den Unions-Parteien kam leider solche Klarheit nicht. Ihnen hätte es wohl nichts ausgemacht, wenn ihr Kandidat mit Hilfe der NPD-Stimmen das höchste Amt im Staate bekleidet hätte. Zum Glück für unser Volk wurde diese Peinlichkeit vermieden.

Im Übrigen fehlte der Distanzierung des Herrn Strauß von der NPD die offensive politische Auseinandersetzung mit dieser Partei. Wird dies vom Bayern-Kurier, für den Strauß als Herausgeber verantwortlich zeichnet, erfolgen? Das ist wohl nicht anzunehmen. Das hieße ja, über den eigenen Schatten zu springen. Und das gelang bisher noch niemandem. Zusehr gleichen sich Vokabular, Argumentation und politische Stoßrichtung von Bayern-Kurier, Nationalzeitung und anderen extremen rechtsgerichteten Organen, um hier eine Distanzierung glaubhaft erscheinen zu machen. Oder doch? Die nächsten Ausgaben des "BK" dürften darüber Aufschluß geben.

"Ich bin der Größte"

Die Strauß-Partei eröffnete formal den Wahlkampf

sp - Die bayerische CSU hat in München als erste der im Bundestag vertretenen Parteien formell den Bundestagswahlkampf eröffnet. Der Wochenendkongreß in der Bayernhalle an der Theresienwiese war aber nur mühsam-formal auf einen Nach- und einen Vormittag ausgedehnt worden. Was beispielsweise der CSU-Landesgruppenvorsitzende im Bundestag, Stücklen, in seiner Einleitungsrede oder was die verschiedenen anderen mittleren Parteigrößen in den fünf Forumsveranstaltungen sagten, fand seine Zusammenfassung in der Hauptrede von Franz Josef Strauß und war damit zugleich erschöpfend behandelt.

Leider wurde an keiner Stelle dieses Kongresses auch nur andeutungsweise irgendetwas neues gesagt, das man als vorwärtsweisend bewerten könnte. Die Strauß-Rede, von den Zuhörern nach dem ermüdend-enttäuschenden ersten Kongreßteil als entschädigender Höhepunkt erwartet, blieb über mehr als zweidrittel ihrer Länge nur eine bewundernde Selbstdarstellung seiner Finanzressortleistungen in der Regierung Kiesinger. Man täte Strauß unrecht, wenn man ihm nachsagte, er hätte mit seinem Pfunde nicht gewuchert. Er wucherte reichlich, und die 560 Delegierten, darunter nur 20 (!) Frauen, und die mit Bussen herangekehrten Saalfüller klatschten, von einer Zahlenlawine geistig erschlagen, beklemmt-begeistert diesem Manne zu, der, wie Herkules die Weltkugel, das finanziell-wirtschaftliche Schicksal der Bundesrepublik spielend auf seinen breiten Schultern jongliert - und alles, alles meistert. Finanzen und Wirtschaft hätten bei der Bekämpfung und Überwindung der Rezession zwar Hand in Hand gearbeitet, räumte Strauß gerade noch ein, aber Kollege Schiller habe eben für "gute Anregungen" gegeben. Der Erfolg liege aber bei der Finanzpolitik. Schiller dagegen habe falsch prognostiziert, einmal zu optimistisch und einmal zu pessimistisch, und eigentlich sollte er, der noch weitere Konjunkturmaßnahmen wollte, heute sein Hauptverfüllen. Schiller der Führer und Strauß nur der Ministrant? "Glatter Quatsch!". Um aus der Rezession von 1966 zu kommen, mit der wir überdies nicht vor dem Untergang gewesen seien, hätten wir weder einen Retter Brandt noch einen Messias Schiller gebraucht. Warum denn auch!? Franz Josef Strauß stand doch bereit, um uns nicht am Hungertuche nagen zu lassen. Etwa nach dem Motto: "Ich bin der Größte!"

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben, vor allem, wenn man noch das Aufbegehren von Strauß gegen die angebliche SPD-Methode im Ohr hat, alles nur in schwarz-weiß zu zeigen. Mag sein, daß es für Strauß kein schwarz gibt. Weiß aber gibt es zur genüge und nahezu ausschließlich; und weiß heißt Strauß. Alles andere ist "glatter Quatsch". Zwischen diesem Grenzstein und dem böartigen Vorwurf der "Untat", den Strauß dem SPD-Vorsitzenden wegen dessen naheliegendem Vergleich des CSU-bayerischen Nationalismus mit NPD-Eruptionen unter die Gürtellinie warf, dürfte sich der Bundestagswahlkampf der Christlich-Sozialen Union bewegen. Von hier und von der Anklage des Münchner Gastredners Kurt Georg Kiesinger, daß manche Sozialdemokraten, wenn sie von den Menschen in der DDR sprechen, das Wort Freiheit vergäßen, ist nur noch ein kleiner Schritt zurück in Wahlkampfzeiten jenes ersten CDU-Vorsitzenden, für den die SPD der "Untergang Deutschlands" war.

Neue Aufgaben in einer sich wandelnden Welt

Zum Kongreß der Sozialdemokratischen Internationale

HEB - Prominente Vertreter von über fünfzig sozialdemokratischen Parteien aus allen fünf Kontinenten haben sich vom 15. bis 20. Juni 1969 im englischen Seebad Eastbourne zum alle drei Jahre fälligen Kongreß ihrer weltweiten Gemeinschaft versammelt. Auf der Tagung des Kongresses stehen die Fragen der internationalen Politik, der europäischen Integration und Zusammenarbeit, der 2. Entwicklungsdekade sowie die Probleme des Verhältnisses von Politik zu Kultur und Jugend.

Der Vorsitzende der SPD, Bundesaußenminister Willy Brandt, wird neben dem britischen Premier Harold Wilson zur Debatte über die internationale politische Lage den Einführungsvortrag halten. Die SPD-Delegation, der auch der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Bundesminister Herbert Wehner und das Geschäftsführende Präsidiumsmitglied Alfred Nau angehören, wird die Gelegenheit wahrnehmen, in einem Meinungsaustausch mit den führenden Politikern der übrigen sozialdemokratischen Parteien die wichtigen Fragen der internationalen Politik zu erörtern.

Der schwedische Ministerpräsident Erlander, die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir und Belgiens Außenhandelsminister Fayat werden die Parteidelegationen ihrer Länder anführen.

Die Sozialdemokratische Internationale wird in Eastbourne nüchtern und sachlich, aber mit echtem Engagement und ohne Druck einer wie auch gearteten Vormacht in der Form des offenen und freimütigen Dialogs ihrer Mitglieder die Positionen abzustecken wissen, von denen aus das Bemühen um den Frieden und die Bewahrung der Freiheit fortgeführt werden kann.

Die sozialdemokratischen Parteien machen sich keine Illusionen über die Schwere ihrer Aufgabe und die Verantwortung, die sie tragen. Immer mehr drängen sich in die Beratungen der Internationale die Probleme der Dritten Welt. Die sozialdemokratischen Partner in Asien, Lateinamerika und Afrika wissen, daß ihre Bruderparteien in Europa alle Mühen aufwenden, um gemeinsam die großen Aufgaben zu meistern, vor die alle gestellt sind: die Industrienationen wie die Entwicklungsländer.

Eastbourne wird ein Schritt vorwärts sein auf dem Weg der internationalen Zusammenarbeit politischer Parteien, die das Programm einer wirklich sozialen Demokratie verwirklichen wollen. Dem scheidenden Generalsekretär Albert Carthy gebührt an dieser Stelle der Dank der SPD für seine langjährige Arbeit und sein erfolgreiches Wirken für dieses Ziel. Seinem Nachfolger Hans Janitschek wünscht die SPD alle Kraft in diesem verantwortungsvollen Amt.

"So Kinder, jetzt müssen wir mal was tun!"

Mit Willy Brandt in Herborn, Wetzlar und Offenbach

Willy Brandt, Vizekanzler, Bundesaußenminister und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hat in seinem Terminkalender doch noch eine Lücke gefunden, um einen seit langem versprochenen Besuch in Herborn, Wetzlar und Offenbach zu machen. In Herborn warten mehrere hundert Arbeiter und Angestellte, an der Spitze der Betriebsrat und die Werkstdirektion im Bürgerwerk auf den Außenminister. Hier werden Einbauküchen gebaut, als neuester Schlagerg die Kleinküche für den JUMBO, jene riesige Düsenmaschine, die bald mit über 300 Passagieren die Ozeane überqueren wird. Werke aus Japan, den USA und der Bundesrepublik lagen für diesen Auftrag in Konkurrenz miteinander. Herborn erhielt den Zuschlag.

"Außenpolitik ist nicht nur Sache der Diplomaten"

Hier hat Willy Brandt gleich den ersten Anknüpfungspunkt für seine Rede in der großen Werkshalle. "Wir brauchen eine bessere Ausbildung für unsere Arbeiterkinder, wir wollen keine Großmacht im üblichen Sinne sein, aber ein Land, das durch seine Leistungen auf industriellen und wissenschaftlichem Gebiet in der Welt Achtung gewinnt". Außenpolitik sei nicht nur eine Sache der Diplomaten. "Der Außenminister muß den Wind im Rücken haben, er muß wissen, ob die Bürger unseres Landes ihn verstehen, die Ziele seiner Politik anerkennen und billigen. Beswegen geht er gern in die Betriebe. Schreibtischarbeit sei notwendig, aber ebenso wichtig sei das Gespräch mit den Menschen draußen in Stadt und Land; auch und gerade für den Außenminister.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter lauschen gespannt. In der großen Werkshalle könnte man eine Stecknadel zur Erde fallen hören. Brandt hält keine "Ansprache", er erzählt von seinen Bemühungen um die Sicherung des Friedens und als er sagt, die beste Verteidigungspolitik nütze nichts, wenn wir nicht ständig an der Sicherung des Friedens bauen, und die beste Innen- und Sozialpolitik werde brüchig, wenn sie nicht durch eine Friedenspolitik abgesichert wird, klatschen seine Zuhörer minutenlang Beifall. Sie spüren, daß der Mann, der vor ihnen steht, seine Politik nicht von oben herab, sondern mit ihnen gestaltet.

"Herr Minister, setzen Sie das Rentenalter herab"

Beim Gang durch die Werkshallen wird dem Außenminister der Weg von einigen Frauen versperrt. Sichtlich aufgeregt, aber doch sehr bestimmt sagt eine ältere Arbeiterin: "Herr Minister, Sie müssen dafür sorgen, daß das Rentenalter der Frauen auf 55 Jahre und für die Männer auf 60 Jahre herabgesetzt wird". - Brandt nickt bedächtig. In diese Richtung bewege sich auch die Politik der Sozialdemokratischen Partei sagt Brandt; man dürfe aber keine engen Grenzen setzen, sondern denjenigen, die länger arbeiten wollen, auch die Möglichkeit dazu geben. Die Lebenserwartungen steigen doch. Die Frau läßt nicht locker. "Sehen Sie, Herr Minister, gerade deswegen möchten wir Frauen doch schon eher aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden. Mit 55 kann man sich das Leben noch schön machen. Lassen Sie nicht locker, Herr Minister. Wenn überall von

Arbeitszeitverkürzung gesprochen wird, dann kann ja auch über das Rentenalter geredet werden".

Sönksen paßt auf

Brandt bedankt sich, geht weiter und stellt mit einem fragenden Blick auf seinen persönlichen Referenten Klaus Sönksen fest, ob dieser das Gespräch mit der Arbeiterin notiert hat. Sönksen hat, er nickt unmerklich. Von solchen Gesprächen geht nichts verloren.

Eintragung ins Ehrenbuch der Stadt, Empfang im Rathaus, eine kurze Mittagspause, weiter geht die Fahrt nach Wetzlar.

"Verstand nicht auf Urlaub schicken!"

Dort ist eine Veranstaltung der SPD. Auch die APO hat sich in der überfüllten Aula des Gymnasiums eingefunden. Als Brandt zu sprechen beginnt, sagt irgendjemand in den Saal hinein "Vietnam". Die Zuhörer werden ärgerlich. Der APO-Zuruf ist völlig deplaziert, denn Brandt hat gerade von der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik gesprochen, die immer weiter ausgebaut werden müsse. Noch einmal ruft einer "Vietnam" und ein anderer "Griechenland". Brandt wird etwas ärgerlich. "Ich bin gern bereit, mich mit jedem auseinanderzusetzen, der Argumente vorzutragen hat". Starker Beifall.

Die APO wird zugedeckt, als Brandt sagt, er habe großes Verständnis dafür, daß vielen jungen Menschen manches zu langsam vorangehe, "Ich habe aber auch in der Schule gelernt, daß 40 Prozent nicht 50 Prozent sind und ich weiß, daß der Analphabetismus nicht aufhört, wenn einer lesen und schreiben kann. Es gibt studierte Leute, die politisch ihr ganzes Leben lang Analphabeten bleiben. Wer es mit diesem unserem Land ernst meint, der darf seinen Verstand nicht auf Urlaub schicken!" - Tosender Beifall, die APO ist stumm.

Über 1.000 Betriebsräte in Offenbach

Am späten Nachmittag Stadthalle Offenbach. Über 1.000 Betriebsräte aus dem Rhein-Main-Gebiet sind hier zusammengekommen, um mit Willy Brandt zu diskutieren. Hessens Finanzminister Osswald geleitet den SPD-Vorsitzenden mit dem Oberbürgermeister in den Saal. Am Eingang stehen Kinder. Sie wollen von Willy Brandt Autogramme. Brandt schreibt und schreibt. Immer mehr Hände strecken sich ihm entgegen. Osswald und der Versammlungsleiter drängen. Die Zeit ist knapp. Ein kleines Mädchen hat Brandt den Weg versperrt. Aber auch sie bekommt noch ein Autogramm. Dann sagt der Außenminister: "So Kinder, jetzt müssen wir mal was tun".

Kritische Fragen - klare Antworten

Brandt spricht nicht lange. Er schildert die Situation im Herbst 1966, als viele Menschen in der Bundesrepublik Angst um ihren Arbeitsplatz hatten, Preissteigerungen befürchteten und die Staatsfinanzen hoffnungslos durcheinandergeraten waren.

In Offenbach ist die Linke zu Hause, sie hat dort Tradition. Nicht eine randalierende Linke, sondern eine sehr selbstbewusste Arbeiterschaft, die mit der SPD seit Jahrzehnten um die wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung der Arbeiter und die Sicherung der

Demokratie in unserem Staat kämpft.

Fragen, die an Willy Brandt gerichtet werden, verraten die kritische Einstellung gegenüber der Großen Koalition. Wo bleibt die soziale Symmetrie? Wird die verpaßte Aufwertung zu Preissteigerungen führen? Man fragt nach der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, nach der notwendigen Änderung des Aktienrechts.

Leistungen sind entscheidend

Brandt antwortet klar und unmißverständlich. Die SPD hat sich 1966 verpflichtet gesehen, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Das ist geschafft. Vorschläge der Sozialdemokraten, die wenige Monate vorher noch als Utopien verlacht wurden, haben Eingang in die Praxis der Regierungspolitik gefunden. Mit Hilfe der mittelfristigen Finanzplanung gelang es, planmäßig die Staatsfinanzen für längere Sicht in Ordnung zu bringen, die Arbeitsplätze konnten gesichert werden. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte kann ein Wirtschaftsminister die Gewerkschaften auffordern, mit Hilfe von Lohn- und Gehaltsverbesserungen die Konsumkraft der breiten Masse unseres Volkes zu steigern.

Im Ausland ist das Ansehen Deutschlands gestiegen. Trotz starker politischer Widerstände konnte sogar das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den meisten Ostblockstaaten verbessert werden. Die jetzige Bundesregierung hat sich bereit erklärt, alle ganz Deutschland betreffenden Fragen mit den Inhabern der Macht im anderen Teil Deutschlands ohne jede Vorbedingungen und Diskriminierungen zu sprechen.

Ein Diskussionsteilnehmer will wissen, ob sich die SPD die unverschämten CDU-Inserate gefallen lassen will. Brandt: "Wir haben ja schließlich auch Inserate und ich weiß, daß die andere Seite nicht sehr glücklich darüber ist. Aber, es wird doch wohl niemand von uns erwarten, daß wir einen Wahlkampf führen, in dem die eine Seite die andere erst einmal fragt, ob sie mit den Plakaten und Inseraten der Gegenseite einverstanden ist".

Wirtschaftspolitik mit der Angst?

Immer wieder wird über die Rezession und die Krise von 1966 geredet. Brandt: "Und jetzt wollen manche Leute noch so tun, als hätten sie die Krise damals gewollt." Minutenlang dröhnt der Beifall durch die Offenbacher Stadthalle als Brandt sagt: "Wer Wirtschaftspolitik mit der Angst treibt, hat in Deutschland nichts zu suchen. Und wer solche Leute, die nach ihrer eigenen Aussage die Krise gewollt haben, wählt, der wählt gleich die nächste Krise mit".

Wieder ist es ganz still in der riesigen Halle als Brandt vor radikalen Elementen warnt. Die Arbeiter verstehen ihn nur zu gut, als er sagt, daß die NPD nur dadurch stark wird, daß die Pseudoradikalen von der anderen Seite ihnen durch ihr dummes Gerede und Krawalle die Hasen in die Küche treiben. "Ich bin nicht der deutsche Außenminister, der draußen eine gute Visitenkarte für das deutsche Volk abgibt, damit andere im Inneren die Karte des Nationalismus spielen können. Ich meine damit auch die von der Union, die so überschlau sind, daß sie glauben, die NPD rechts überholen zu können".

"Es hat sich doch vieles geändert in Deutschland"

Über zwei Stunden hat die Diskussion gedauert. Brandts Zuhörer in der Offenbacher Stadthalle haben kritische Fragen gestellt, sachlich wurde ihnen geantwortet. Aber genau an jenen Stellen der Diskussion, an denen Ungeduld spürbar wurde, zeigte sich auch die Einsicht in die realen politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik und der Wille, diese zugunsten der fortschrittlichen Sozialdemokratie zu ändern. Als Willy Brandt abfährt, wird ihm ein vielstimmiges "Dankeschön" zugerufen. Und einer der Umstehenden sagt: "Es hat sich doch vieles bei uns geändert. Zum erstenmal hat ein deutscher Außenminister mit Arbeitern diskutiert, und so zu ihnen gesprochen, daß wir sagen können, wir gehören zusammen." Günter Markscheffel.